

Versorgung von Menschen mit Beeinträchtigung: „Nachfrage übersteigt weiterhin Angebot“

SOZIALES

8.08.2026 um 06:24 Uhr | Lesedauer: 3 min ⌚

Die Versorgung von Menschen mit Beeinträchtigung im Bereich Wohnen und Betreuung bleibt eine der drängendsten sozialpolitischen Herausforderungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Das geht aus der Antwort von Sozialministerin Lydia Klinkenberg (ProDG) auf eine schriftliche parlamentarische Frage ihres Fraktionskollegen José Grommes hervor.



Ausgangspunkt der Anfrage war ein öffentliches Schreiben der Arbeitsgruppe Wohnen von VIVA Ostbelgien an die Fraktionen des Parlaments. Darin schilderten Angehörige die schwierige Situation vieler Familien und ihre Sorge um die Zukunft von Menschen mit Beeinträchtigung, wenn die Betreuung durch

die Eltern oder Angehörigen nicht mehr gewährleistet werden kann.

Grommes erinnert daran, dass diese Problematik bereits seit Jahren bekannt sei. Schon 2022 habe das Parlament die fehlenden Wohn- und Betreuungsangebote für Erwachsene mit Beeinträchtigung thematisiert. Vor diesem Hintergrund wollte der Abgeordnete unter anderem wissen, wie die aktuelle Versorgungslage aussieht, wie viele Menschen auf einen Wohnplatz warten und welche neuen Projekte die Regierung plant.

„Die Regierung ist sich der herausfordernden Situation im Bereich Wohnen und Entlastung für Menschen mit Beeinträchtigung bewusst“, erklärt Ministerin Klinkenberg und räumt ein: „Die Nachfrage nach Wohn- und Unterstützungsangeboten übersteigt weiterhin das bestehende Angebot.“ Viele Familien würden ihre Angehörigen über Jahre hinweg betreuen und sich „berechtigterweise um deren Zukunft sorgen“. Gleichzeitig nehme der Unterstützungsbedarf aufgrund komplexerer Pflege- und Betreuungsbedürfnisse weiter zu.

Aktuell verfügt die Deutschsprachige Gemeinschaft über verschiedene Wohnangebote. Dazu zählen unter anderem das Königin-Fabiola-Haus in Eupen mit 20 Plätzen, das Focus-Projekt, mehrere Wohngemeinschaften im Süden der DG sowie kleinere private Wohnressourcen. Allerdings sei deren Zahl in den vergangenen Jahren leicht zurückgegangen. Deshalb würden Maßnahmen vorbereitet, „um bestehende Angebote zu sichern und neue Ressourcen zu gewinnen“. Wie aus der Antwort hervorgeht, liegen der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben derzeit 93 Anfragen auf einen begleiteten Wohnplatz vor. Davon haben 16 Personen einen unmittelbaren Wohnbedarf, während weitere 36 Personen zwar einziehen möchten, derzeit jedoch keinen akuten Bedarf haben. Grundlage der Warteliste ist eine individuelle Bedarfserhebung nach dem ICF-Modell.

Um zusätzliche Kapazitäten zu schaffen, setzt die Regierung auf mehrere Bau- und Entwicklungsprojekte. So entsteht am Standort Hof Peters in Emmels ein

neues Wohn- und Unterstützungsangebot mit insgesamt 21 Wohnplätzen, in das auch die bisherige Wohngruppe der Bischöflichen Schule integriert wird. Zudem wird das Focus-Projekt in Eupen von vier auf sieben Plätze erweitert. Auch in Kelmis arbeitet die Regierung im Rahmen des Kathleos-Projekts an einem Modell mit, das Wohn- und Pflegeangebote miteinander verbindet. Klinkenberg betont jedoch, dass diese Vorhaben „den bestehenden Bedarf nicht sofort beseitigen, stellen aber wichtige Schritte zum Kapazitätsausbau dar“.

Neben Investitionen in Infrastruktur sieht die Ministerin den Fachkräftemangel als größte Hürde beim weiteren Ausbau. „Der Fachkräftemangel stellt daher eine der größten Herausforderungen für den weiteren Ausbau von Wohn- und Unterstützungsangeboten dar“, schreibt sie. Deshalb wolle die Regierung verstärkt auf die Bündelung von Ressourcen und Kompetenzen sowie auf eine Weiterentwicklung der Finanzierung setzen. Zur kurzfristigen Entlastung von Familien verweist Klinkenberg unter anderem auf zusätzliche Betreuungskapazitäten in Tagesstätten, geplante längere Öffnungszeiten, den Ausbau der Freizeitbegleitung für Erwachsene sowie das Projekt „FamilienZeit Plus“, das Ehrenamtliche und Studierende für stundenweise Betreuungsaufgaben einsetzt.

Zur Einführung eines persönlichen Budgets für Menschen mit Beeinträchtigung zeigt sich die Ministerin grundsätzlich offen, verweist jedoch auf offene Fragen hinsichtlich Umsetzung, Gleichbehandlung und Finanzierbarkeit. Bislang habe die Regierung bewusst den Ausbau kollektiver Angebote priorisiert, werde entsprechende Modelle anderer Regionen aber weiterhin beobachten.

Als langfristiges Ziel formuliert Klinkenberg schließlich, Menschen mit Beeinträchtigung „ein möglichst selbstbestimmtes Leben in ihrem gewohnten Umfeld zu ermöglichen und gleichzeitig ihre Familien nachhaltig zu entlasten“. Dazu seien zusätzliche Wohnplätze, mehr Entlastungsangebote, eine bessere Bedarfserfassung sowie eine langfristig gesicherte Finanzierung notwendig.

„Nur durch einen ganzheitlichen Ansatz wird es gelingen, den steigenden Unterstützungsbedarf auch in Zukunft angemessen zu beantworten“, so die Ministerin. (nico)